

Öffentliche Konsultation zum neuen europäischen Rahmen für Klimaresilienz

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

Haftungsausschluss

Dieses Dokument ist kein offizielles Dokument der Europäischen Kommission und gibt auch keinen offiziellen Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Weder entstehen aus diesem Dokument Verpflichtungen für die Europäische Kommission, noch wird mit ihm politischen Entscheidungen vorgegriffen.

Einleitung

Zustimmung und Vorgehensweise beim Ausfüllen dieses Fragebogens

Die Europäische Kommission wird alle personenbezogenen Daten schützen, die Sie im Rahmen dieser Konsultation übermitteln.

Sie können Ihre Antworten als Entwurf speichern und den Fragebogen zu einem späteren Zeitpunkt vervollständigen.

Einige Fragen sind obligatorisch, insbesondere zu Beginn des Fragebogens, während andere in thematischen Abschnitten fakultativ sind. Beantworten Sie nur diejenigen, die für Sie relevant sind.

Bitte halten Sie Freitextantworten möglichst kurz.

Sie haben jedoch die Möglichkeit, am Ende des Fragebogens ein Dokument mit weiteren Anmerkungen und Standpunkten hochzuladen.

Aus Gründen der Transparenz werden an öffentlichen Konsultationen der Europäischen Kommission teilnehmende Organisationen und Unternehmen gebeten, sich in das Transparenzregister der EU einzutragen. Wenn Sie bereits registriert sind, können Sie diesen Schritt überspringen.

Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Einleitung

In den letzten Jahren hat sich Europa aufgrund von klimabedingten Wetterextremen mit zunehmenden Schäden und Kosten konfrontiert gesehen. Wie wir gegen den Klimawandel vorgehen, wird die Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und den Wohlstand Europas in der Zukunft prägen. Unsere künftige Lebensqualität wird davon abhängen, wie wir unsere Klimaresilienz und -vorsorge jetzt anpassen und stärken.

In der Europäischen Klimarisikobewertung wurden 36 zentrale Klimarisiken in Europa ermittelt, die sich auch gegenseitig beeinflussen und zu grundlegenden systemweiten Herausforderungen führen. Wenn der Klimawandel - zusammen mit anderen Risikofaktoren - nicht angemessen angegangen wird, kann er die Ernährungs- und Wasserversorgungssicherheit, die Energieerzeugungskapazitäten und Verteidigungsfähigkeiten, die Lieferketten, die Preisgestaltung, die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die öffentliche Gesundheit noch erheblicher beeinträchtigen. Dies wiederum wirkt sich auf den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität aus, wobei schutzbedürftige Gruppen besonders betroffen sind.

Die Bewertung ergab auch, dass die europäische Wirtschaft und Gesellschaft nicht ausreichend auf aktuelle und künftige Klimarisiken vorbereitet sind, wobei mehrere Risiken bereits ein kritisches Niveau erreicht haben. Werden nicht dringend Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen und zur Stärkung der Klimaresilienz ergriffen, könnten viele Risiken bis Ende dieses Jahrhunderts verheerende Ausmaße annehmen. Hunderttausende Menschen könnten aufgrund von Hitzewellen ums Leben kommen, und die wirtschaftlichen Verluste allein aufgrund von Küstenüberschwemmungen könnten sich auf mehr als 1 Billion EUR pro Jahr belaufen.

Als Reaktion auf diese Herausforderungen und im Einklang mit den politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin bereitet die Kommission derzeit einen neuen und wirkungsvollen integrierten europäischen Rahmen für Klimaresilienz vor, der im vierten Quartal 2026 angenommen werden soll.

Mit dem Rahmen soll vor allem ein tiefgreifender Wandel gefördert werden, um Europa deutlich besser auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten und widerstandsfähiger zu machen. Der neue Rahmen wird alle Interessenträger in die Lage versetzen, auch in der zunehmend unsicheren Zukunft die Kontrolle zu bewahren, Klimarisiken wirksamer zu bewältigen, sich abzeichnende wirtschaftliche Chancen zu nutzen und die weltweite Führungsrolle der EU bei der Herstellung und Ausfuhr von Technologien, Produkten, Dienstleistungen und Innovationen im Bereich der Klimaresilienz zu stärken.

Zu den Zielen der Initiative gehören:

- der Schutz der Gesundheit, des Wohlergehens und der Lebensgrundlagen der Menschen;
- das Ergreifen von Vorsorgemaßnahmen und die erhebliche Verringerung der Exposition gegenüber Risiken und Verlusten mit erheblichen Auswirkungen bei der Planung von politischen Strategien, Investitionen und anderen Maßnahmen;
- die Gewährleistung solider und regelmäßiger wissenschaftlich fundierter Risikobewertungen als Grundlage für Maßnahmen;

- die Förderung eines gemeinsamen Verständnisses der künftigen Klimabedingungen seitens der Entscheidungsträger in Europa;
- die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten, der EU-Kandidatenländer und der EU-Nachbarschaft - einschließlich der regionalen und lokalen Ebene - bei gleichzeitiger Stärkung ihrer Gesellschaften;
- die Förderung koordinierter und wirksamer Maßnahmen auf allen politischen Entscheidungsebenen und im Privatsektor
- und die Verringerung von Verlusten, Zerstörungen und Kosten durch klimabedingte Auswirkungen mittels der Erhöhung des (Rück-)Versicherungsschutzes.

Im Sommer lief eine öffentliche Aufforderung zur Stellungnahme. Die Befragten stimmten der Analyse der Kommission zu den wichtigsten Herausforderungen weitgehend zu: Die politischen Regelwerke der EU und der Mitgliedstaaten im Bereich Klimaresilienz sind mangelhaft, fehlen in vielen Sektoren bzw. werden nur unzureichend umgesetzt. Die Rückmeldungen zeigten auch, dass sich regionale und lokale Behörden, Unternehmen, Haushalte und Einzelpersonen der Klimarisiken nicht ausreichend bewusst sind, wodurch sie deutlich schlechter vorbereitet sind.

Deshalb sprachen sich die Befragten nachdrücklich für entschlossene Maßnahmen in diesem Bereich aus. Am häufigsten forderten sie: i) die Einbeziehung von Kriterien der „konzeptionellen Resilienz“ bei allen öffentlichen Ausgaben, der Vergabe öffentlicher Aufträge und den wichtigsten sektorspezifischen Maßnahmen; ii) harmonisierte Risikobewertungsstandards mit gemeinsamen Klimaszenarien; iii) naturbasierte Lösungen als standardmäßige erste Option; iv) eine stabile langfristige Finanzierung für Anpassung und Resilienz und v) eine systematische Einbeziehung klimabezogener Gesundheitserwägungen.

Diese öffentliche Konsultation, die auf der Forderung nach entschlossenen und dringenden Maßnahmen aufbaut, bietet allen interessierten Parteien die Möglichkeit, Rückmeldungen zu den vorgeschlagenen Aspekten des neuen EU-Rahmens für Klimaresilienz einzureichen und zusätzliche Ansichten und Vorschläge mitzuteilen.

Angaben zu Ihrer Person

* Im Fragebogen verwendete Sprache

- ☐ Bulgarisch
- ☐ Dänisch
- ☒ Deutsch
- ☐ Englisch
- ☐ Estnisch
- ☐ Finnisch
- ☐ Französisch
- ☐ Griechisch

- ☐ Irisch
- ☐ Italienisch
- ☐ Kroatisch
- ☐ Lettisch
- ☐ Litauisch
- ☐ Maltesisch
- ☐ Niederländisch
- ☐ Polnisch
- ☐ Portugiesisch
- ☐ Rumänisch
- ☐ Schwedisch
- ☐ Slowakisch
- ☐ Slowenisch
- ☐ Spanisch
- ☐ Tschechisch
- ☐ Ungarisch

* In welcher Eigenschaft nehmen Sie an dieser Konsultation teil?

- ☐ Hochschule/Forschungseinrichtung
- ☒ Wirtschaftsverband
- ☐ Unternehmen/Betrieb
- ☐ Verbraucherorganisation
- ☐ EU-Bürger/in
- ☐ Umweltorganisation
- ☐ Nicht-EU-Bürger/in
- ☐ Nichtregierungsorganisation (NRO)
- ☐ Behörde
- ☐ Gewerkschaft
- ☐ Sonstige

* Vorname

Christiane

* Nachname

Barth

* E-Mail-Adresse (wird nicht veröffentlicht)

barth@vku.de

* Name der Organisation

höchstens 255 Zeichen

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)

* Größe der Organisation

- ☐ Sehr klein (1 bis 9 Beschäftigte)
- ☐ Klein (10 bis 49 Beschäftigte)
- ☒ Mittel (50 bis 249 Beschäftigte)
- ☐ Groß (250 oder mehr Beschäftigte)

Nummer im Transparenzregister

Bitte prüfen Sie, ob Ihre Organisation im Transparenzregister eingetragen ist. Das Transparenzregister ist eine Datenbank, in die sich Organisationen, die Einfluss auf EU-Entscheidungsprozesse nehmen möchten, eintragen lassen können.

1420587986-32

* Herkunftsland

Bitte geben Sie Ihr Herkunftsland oder das Ihrer Organisation an.

Diese Liste gibt nicht den offiziellen Standpunkt der europäischen Organe bezüglich des rechtlichen Status der genannten Gebietskörperschaften oder deren Politik wieder. Es handelt sich vielmehr um eine Zusammenstellung oftmals voneinander abweichender Listen und Gepflogenheiten.

- | | | | |
|-----------------------------------|--|----------------------------------|----------------------------------|
| ☐ Afghanistan | ☐ Fidschi | ☐ Litauen | ☐ Schweden |
| ☐ Ägypten | ☐ Finnland | ☐ Luxemburg | ☐ Schweiz |
| ☐ Ålandinseln | ☐ Frankreich | ☐ Macau | ☐ Senegal |
| ☐ Albanien | ☐ Französische
Süd- und
Antarktisgebiete | ☐ Madagaskar | ☐ Serbien |
| ☐ Algerien | ☐ | ☐ Malawi | ☐ Seychellen |

	Französisch-Guayana		
○ Amerikanische Jungferninseln	○ Französisch-Polynesien	○ Malaysia	○ Sierra Leone
○ Amerikanisch-Samoa	○ Gabun	○ Malediven	○ Simbabwe
○ Andorra	○ Gambia	○ Mali	○ Singapur
○ Angola	○ Georgien	○ Malta	○ Sint Maarten
○ Anguilla	○ Ghana	○ Marokko	○ Slowakei
○ Antarktis	○ Gibraltar	○ Marshallinseln	○ Slowenien
○ Antigua und Barbuda	○ Grenada	○ Martinique	○ Somalia
○ Äquatorialguinea	○ Griechenland	○ Mauretanien	○ Spanien
○ Argentinien	○ Grönland	○ Mauritius	○ Sri Lanka
○ Armenien	○ Guadeloupe	○ Mayotte	○ St. Barthélemy
○ Aruba	○ Guam	○ Mexiko	○ St. Helena, Ascension und Tristan da Cunha
○ Aserbaidshan	○ Guatemala	○ Mikronesien	○ St. Kitts und Nevis
○ Äthiopien	○ Guernsey	○ Moldau	○ St. Lucia
○ Australien	○ Guinea	○ Monaco	○ St. Martin
○ Bahamas	○ Guinea-Bissau	○ Mongolei	○ St. Pierre und Miquelon
○ Bahrain	○ Guyana	○ Montenegro	○ St. Vincent und die Grenadinen
○ Bangladesch	○ Haiti	○ Montserrat	○ Südafrika
○ Barbados	○ Heard und die McDonaldinseln	○ Mosambik	○ Sudan
○ Belarus	○ Honduras	○ Myanmar/Birma	○ Südgeorgien und Südliche Sandwichinseln

☐ Belgien	☐ Hongkong	☐ Namibia	☐ Südkorea
☐ Belize	☐ Indien	☐ Nauru	☐ Südsudan
☐ Benin	☐ Indonesien	☐ Nepal	☐ Suriname
☐ Bermuda	☐ Insel Man	☐ Neukaledonien	☐ Svalbard und Jan Mayen
☐ Bhutan	☐ Irak	☐ Neuseeland	☐ Syrien
☐ Bolivien	☐ Iran	☐ Nicaragua	☐ Tadschikistan
☐ Bonaire, Saba und St. Eustatius	☐ Irland	☐ Niederlande	☐ Taiwan
☐ Bosnien und Herzegowina	☐ Island	☐ Niger	☐ Tansania
☐ Botsuana	☐ Israel	☐ Nigeria	☐ Thailand
☐ Bouvetinsel	☐ Italien	☐ Niue	☐ Timor-Leste
☐ Brasilien	☐ Jamaika	☐ Nordkorea	☐ Togo
☐ Britische Jungferninseln	☐ Japan	☐ Nördliche Marianen	☐ Tokelau
☐ Britisches Territorium im Indischen Ozean	☐ Jemen	☐ Nordmazedonien	☐ Tonga
☐ Brunei	☐ Jersey	☐ Norfolkinsel	☐ Trinidad und Tobago
☐ Bulgarien	☐ Jordanien	☐ Norwegen	☐ Tschad
☐ Burkina Faso	☐ Kaimaninseln	☐ Oman	☐ Tschechien
☐ Burundi	☐ Kambodscha	☐ Österreich	☐ Tunesien
☐ Cabo Verde	☐ Kamerun	☐ Pakistan	☐ Türkei
☐ Chile	☐ Kanada	☐ Palästina	☐ Turkmenistan
☐ China	☐ Kasachstan	☐ Palau	☐ Turks- und Caicosinseln
☐ Clipperton	☐ Katar	☐ Panama	☐ Tuvalu
☐ Cookinseln	☐ Kenia	☐ Papua-Neuguinea	☐ Uganda
☐ Costa Rica	☐ Kirgisistan	☐ Paraguay	☐ Ukraine

- | | | | |
|--|--|---|--|
| ☐ Côte d'Ivoire | ☐ Kiribati | ☐ Peru | ☐ Ungarn |
| ☐ Curaçao | ☐ Kleinere Amerikanische Überseeinseln | ☐ Philippinen | ☐ Uruguay |
| ☐ Dänemark | ☐ Kokosinseln (Keelinginseln) | ☐ Pitcairnininseln | ☐ Usbekistan |
| ☐ Das Kosovo | ☐ Kolumbien | ☐ Polen | ☐ Vanuatu |
| ☐ Demokratische Republik Kongo | ☐ Komoren | ☐ Portugal | ☐ Vatikanstadt |
| ☒ Deutschland | ☐ Kongo | ☐ Puerto Rico | ☐ Venezuela |
| ☐ Dominica | ☐ Kroatien | ☐ Réunion | ☐ Vereinigte Arabische Emirate |
| ☐ Dominikanische Republik | ☐ Kuba | ☐ Ruanda | ☐ Vereinigtes Königreich |
| ☐ Dschibuti | ☐ Kuwait | ☐ Rumänien | ☐ Vereinigte Staaten |
| ☐ Ecuador | ☐ Laos | ☐ Russland | ☐ Vietnam |
| ☐ El Salvador | ☐ Lesotho | ☐ Salomonen | ☐ Wallis und Futuna |
| ☐ Eritrea | ☐ Lettland | ☐ Sambia | ☐ Weihnachtsinsel |
| ☐ Estland | ☐ Libanon | ☐ Samoa | ☐ Westsahara |
| ☐ Eswatini | ☐ Liberia | ☐ San Marino | ☐ Zentralafrikanische Republik |
| ☐ Falklandinseln | ☐ Libyen | ☐ São Tomé und Príncipe | ☐ Zypern |
| ☐ Färöer | ☐ Liechtenstein | ☐ Saudi-Arabien | |

Tätigkeitsbereiche:

- ☐ Landwirtschaft
- ☐ Forstwirtschaft und Fischerei
- ☐ Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- ☐ Verarbeitendes Gewerbe
- ☒

Energie

- ☒ Wasser- und Abfallwirtschaft
- ☐ Baugewerbe und Immobilien
- ☐ Groß- und Einzelhandel
- ☐ Hotelgewerbe
- ☐ Gastronomie
- ☐ Verlagswesen
- ☐ Rundfunk
- ☐ Erstellung und Verbreitung von Medieninhalten
- ☒ Telekommunikation
- ☐ IT
- ☐ EDV
- ☐ Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- ☐ Öffentliche Verwaltung
- ☐ Verteidigung und Sicherheit
- ☐ Allgemeine und berufliche Bildung
- ☐ Forschung
- ☐ Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales
- ☐ Kunst, Sport und Erholung
- ☐ Biologische Vielfalt und Naturschutz
- ☒ Klimaschutz und Klimaanpassung
- ☐ Sonstige

Die Kommission wird alle Beiträge zu dieser öffentlichen Konsultation veröffentlichen. Sie können selbst entscheiden, ob Ihre Angaben bei der Veröffentlichung Ihres Beitrags offengelegt werden oder ob Sie anonym bleiben. **Aus Gründen der Transparenz werden stets die Teilnehmerkategorie (z. B. „Wirtschaftsverband“, „Verbraucherverband“, „EU-Bürger/in“), das Herkunftsland und ggf. der Name und die Größe der Organisation sowie deren Transparenzregisternummer veröffentlicht. Ihre E-Mail-Adresse wird zu keinem Zeitpunkt veröffentlicht.** Wählen Sie die Datenschutzoption aus, die Ihnen am meisten zusagt. Die Standarddatenschutzoptionen richten sich nach der gewählten Teilnehmerkategorie.

*** Datenschutzeinstellungen für die Veröffentlichung des Beitrags**

Die Kommission wird die Antworten auf diese öffentliche Konsultation veröffentlichen. Sie können selbst entscheiden, ob Ihre Angaben offengelegt werden oder ob Sie anonym bleiben.

☒ **Anonym**

Es werden nur Angaben zur Organisation veröffentlicht: Die Teilnehmerkategorie, der Name und die Transparenzregisternummer der Organisation, in deren Namen Sie an der Konsultation teilnehmen, sowie deren Größe und Herkunftsland und Ihr Beitrag werden in der eingegangenen Form veröffentlicht. Ihr Name wird nicht veröffentlicht. Bitte machen Sie in Ihrem Beitrag keine personenbezogenen Angaben, wenn Sie anonym bleiben möchten.

☐ **Öffentlich**

Angaben zur Organisation und zum Konsultationsteilnehmer werden veröffentlicht: Die Teilnehmerkategorie, der Name und die Transparenzregisternummer der Organisation, in deren Namen Sie an der Konsultation teilnehmen, sowie deren Größe und Herkunftsland und Ihr Beitrag werden veröffentlicht. Ihr Name wird ebenfalls veröffentlicht.

☒ Ich stimme den [Datenschutzbestimmungen](#) zu.

Allgemeine Fragen

Inwieweit sehen Sie sich als über die potenziellen Auswirkungen des Klimawandels, die Sie jetzt und in Zukunft betreffen könnten, informiert an?

	Sehr gut informiert	Gut informiert	Weder noch	Nicht gut informiert	Gar nicht informiert
* Antwort	☐	☒	☐	☐	☐

Fakultativ: Bitte erläutern Sie die Gründe hierfür:

Deutsche kommunale Unternehmen, beispielsweise der Wasserwirtschaft, sind hier häufig gut aufgestellt. Die sektorübergreifende Betrachtung könnte verbessert werden, um integrierte Maßnahmen und Entscheidungsprozesse anzustoßen.

Inwieweit sehen Sie sich als auf die potenziellen Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet an?

	Sehr gut vorbereitet	Gut vorbereitet	Weder noch	Nicht gut vorbereitet	Gar nicht vorbereitet
* Antwort	☐	☐	☒	☐	☐

Fakultativ: Bitte erläutern Sie die Gründe hierfür:

Bestehende Vorgaben müssen zunächst europaweit umgesetzt und ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt werden. Eine beständige Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen gefährden eine durchgehend gesicherte Vorbereitung und die Planungssicherheit für Unternehmen.

Wer ist Ihrer Ansicht nach in erster Linie für die Vorbereitung auf die physischen Auswirkungen des Klimawandels verantwortlich?

- ☐ Bürgerinnen und Bürger
- ☐ Unternehmen und private Akteure
- ☐ Lokale und regionale Behörden
- ☐ Nationale Regierungen
- ☐ Die Europäische Union
- ☒ Alle oben genannten
- ☐ Sonstige

Welche der folgenden Optionen würden Ihnen dabei helfen, besser auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet zu sein?

- ☒ Leichter Zugang zu Daten und Informationen, die für meine Region /Lebensumstände relevant sind
- ☐ Fachliche Unterstützung bei der Vorbereitung oder dem Schutz meines Zuhauses, meiner Familie oder meines Unternehmens usw. im Hinblick auf mögliche Risiken auf der Grundlage dieser Daten/Informationen
- ☒ Leichter Zugang zu Förder- oder Finanzmitteln für meine/unsere Maßnahmen
- ☒ Stärkere lokale Eigenverantwortung im Hinblick auf Planung und Durchführungsmaßnahmen sowie die Überwachung von Fortschritten
- ☒ Bessere Planung und Vorbereitung durch die Behörden
- ☒ Sonstige

Falls Sie „Sonstige“ ausgewählt haben, machen Sie bitte nähere Angaben:

Hinsichtlich eines leichteren Zugangs zu Daten und Informationen muss der Schutz kritischer Infrastrukturen beachtet werden und bei der Zugänglichkeit von Informationen berücksichtigt werden.

Bitte nennen Sie die drei politischen Maßnahmen, die Ihnen am meisten dabei helfen würden, Ihr Risikobewusstsein und Ihre Vorsorge im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels zu verbessern:

- (1) Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel (eigens dafür geschaffene Fördermöglichkeiten im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen, gezielte Förderprogramme für klimaresiliente Infrastruktur und Fahrzeuge)
- (2) deutliche Ansprache des Risikos in der Politik und dementsprechend Integration von Klimaanpassung analog zum Klimaschutz als feste Größe in allen Verwaltungsebenen/Politikfeldern
- (3) Stärkung interkommunaler Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch

Konzeptionelle Klimaresilienz

Der Grundsatz der „konzeptionellen Klimaresilienz“ bedeutet, dass **bei der Planung von Strategien, Investitionen und anderen Maßnahmen von Anfang an proaktive Anstrengungen zur Berücksichtigung und Verhinderung plausibler Risiken und Verluste mit erheblichen Auswirkungen unternommen werden**. In der Mitteilung der Kommission über die Bewältigung von Klimarisiken aus dem Jahr 2024 wurde es auf den Punkt gebracht: „Die heutigen Planungsentscheidungen müssen auf einer soliden vorausschauenden Risikobewertung fußen.“ Dabei werden die Risiken betrachtet, die in Zukunft wahrscheinlich auftreten werden. Maßnahmen, die ergriffen werden, um durch Klimaauswirkungen verursachte Schäden zu beheben, nachdem sie bereits eingetreten sind, fallen nicht unter die konzeptionelle Klimaresilienz.

Die Kommission beabsichtigt, dafür zu sorgen, dass die künftigen klimatischen Bedingungen in allen einschlägigen EU-Strategien und -Rahmen für Sektoren und Interessenträger, die durch den Klimawandel gefährdet sind, gebührend berücksichtigt werden. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten sowie alle öffentlichen Stellen und die Interessenträger des Privatsektors ermutigt werden, diesen Grundsatz in ihre Entscheidungen einzubeziehen und ein koordiniertes Vorgehen in der gesamten Gesellschaft zu gewährleisten.

Welche Sektoren sind für die Integration des Grundsatzes „konzeptionelle Klimaresilienz“ am wichtigsten?

Die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge insbesondere kritische Infrastrukturen der Energiewirtschaft, der Wasser- und Abwasserwirtschaft, der Abfallwirtschaft sowie der Telekommunikation und damit verbunden weitere Sektoren und Institutionen, beispielsweise die öffentliche Verwaltung, der Bausektor, Transport und Logistik, das Gesundheitswesen, Forstwirtschaft und Landwirtschaft.

Welche Politikbereiche oder EU-Rechtsrahmen sollten der Verankerung dieses Grundsatzes Vorrang einräumen, und wie sollte dies geschehen?

Klimaresilienz muss in allen Bereichen konzeptionell mitgedacht werden, besonders in den Politikfeldern, die die öffentliche Daseinsvorsorge betreffen: Wasser- und Umweltpolitik, Energiepolitik, Digitalpolitik. Infrastrukturen müssen noch stärker integral gedacht, zukunftsfest ausgestaltet und bezahlbar gehalten werden.

Für digitale Infrastrukturen, die u.a. von kommunalen Unternehmen genutzt aber auch errichtet und betrieben werden, stellt beispielsweise der Ausfall der Stromversorgung die größte Gefahr für den Erhalt der Funktionsfähigkeit dar. Die zuverlässige Stromversorgung ist und wird auch in Zukunft abhängig von einer zuverlässigen Wasserversorgung sein. Die sichere und resiliente Wasserversorgung ist demnach nicht nur essenziell für beispielsweise die Bereitstellung von Trinkwasser, sondern auch für die Energieversorgung und die Aufrechterhaltung digitaler Strukturen.

Die Wasserversorgung und die Verfügbarkeit von Wasser ist zudem eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Kommunen (Industrie- und Gewerbeansiedlungen, Ausbau Wohnbebauung etc.).

Gibt es Maßnahmen oder Rechtsvorschriften (auf EU-, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene), die Sie daran hindern, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um besser auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet zu sein? Wenn ja, welche sind das und wie beeinträchtigen sie Ihre Anstrengungen?

Problematisch sind starre vergabe- und haushaltsrechtliche Vorgaben (national / regional), Arbeits- und Arbeitsschutzregelungen mit geringer Flexibilität (national) Planungs- und Genehmigungsverfahren mit langen Laufzeiten (regional / lokal), unklare Zuständigkeiten zwischen Verwaltungsebenen (EU / national / regional / lokal) und unzureichende oder fragmentierte Förderkulissen (EU / national / regional). Teilweise finden sich widersprüchliche Ziele in den einzelnen Normen. Hier wäre eine bessere integrative und sektorübergreifende Betrachtung erforderlich.

Bei regulierten Netzinfrastrukturen werden Klimaanpassungen noch nicht ausreichend in Kostenberechnungen integriert, weswegen dementsprechend finanzielle Mittel fehlen.

Konkret verhindern beispielsweise immissionsschutzrechtliche Vorgaben, dass kommunale Betriebe in der Abfallwirtschaft ihre Einsatzplanung flexibel an Wetterbedingungen anpassen können - etwa durch frühere Arbeitszeiten und dynamische Schichtmodelle - um auch bei Hitzewellen die Gesundheit der Mitarbeitenden schützen und kommunale Dienstleistungen aufrechterhalten zu können.

Rechtsrahmen für die Klimaresilienz

Das Europäische Klimagesetz verpflichtet die EU und die Mitgliedstaaten, kontinuierliche Fortschritte bei der Anpassung an den Klimawandel sicherzustellen. Die Mitgliedstaaten verfügen jedoch über sehr unterschiedliche politische Rahmenwerke für die Bewertungen, Strategien, Pläne und Instrumente, was die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Herausforderungen und die Ausarbeitung koordinierter Maßnahmen zur Klimaresilienz für die gesamte EU erschwert. Die politischen Maßnahmen sind oft nicht spezifisch genug, um große Klimarisiken zu bewältigen, und die Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen Sektoren bei der Planung und Umsetzung der Anpassungsmaßnahmen sind sehr unterschiedlich.

Die Stärkung der Klimaresilienz in der EU geht insgesamt schleppend und ungleichmäßig voran und kann nicht mit dem immer schneller voranschreitenden Klimawandel Schritt halten. Die

Resilienzstrategien und -maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten sind derzeit nicht zweckmäßig.

Daher beabsichtigt die Kommission, einen Legislativvorschlag auszuarbeiten, um einen umfassenderen, robusteren und ehrgeizigeren Ansatz unter uneingeschränkter Achtung des Grundsatzes der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu gewährleisten, unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden und die Kohärenz mit den sektorspezifischen Maßnahmen sicherzustellen. Sie werden gebeten, sich in diesem Abschnitt zum Anwendungsbereich und zu den wichtigsten Elementen des geplanten Vorschlags zu äußern.

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Aufnahme der folgenden Aspekte und Anforderungen in ihren Legislativvorschlag von wesentlicher Bedeutung ist, um unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften besser auf den Klimawandel vorzubereiten und größere Verluste und Schäden zu verhindern. Sollten die folgenden Aspekte Ihrer Ansicht nach aufgenommen werden?

Gemeinsame Ausgangsklimazielpfade bzw. -szenarien und akzeptable Risikoniveaus:

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Bestimmung des Ausmaßes der Erderwärmung oder eines ähnlichen gemeinsamen Ausgangswerts* für Anpassungsbeschlüsse, die im Rahmen der politischen Lösungen und Investitionen auf EU- oder nationaler Ebene berücksichtigt werden sollten, z. B. durch gemeinsame EU-Klimareferenzpfade bzw. -szenarien <i>* Ein Beispiel ist die Entscheidung Frankreichs, einen Referenzpfad für die Anpassung an den Klimawandel („trajectoire de réchauffement de référence pour l’adaptation au changement climatique“, TRACC) einzurichten, in dem Temperaturerhöhungen von + 1,5 °C bis 2030, + 2 °C bis 2050 und + 3 °C bis 2100 als Bezugswerte für nationale und regionale Anpassungsstrategien festgelegt werden. Die Teilnehmer der Aufforderung zur Stellungnahme unterstützten die Ausarbeitung von Mindestvorsorgenniveaus für Klimaresilienz, gemeinsame</i>	☐	☒	☐	☐	☐

<i>Referenzszenarien und Referenzerwärmungspfade.</i>					
Verpflichtung, bei Klimarisikobewertungen einen gemeinsamen Ausgangswert (z. B. Referenzpfade/-szenarien) der Erderwärmung zu berücksichtigen, wie im vorstehenden Aufzählungspunkt beschrieben	☐	☐	☐	☐	☒
Verpflichtung zur Anwendung eines Vorsorgeansatzes durch Einbeziehung eines gemeinsamen Ausgangswerts in die Planungsentscheidungen der EU und der Mitgliedstaaten	☐	☐	☐	☐	☒
Gemeinsamer Ansatz für die Entscheidung, welche Restrisiken die Gesellschaft /Behörden tolerieren (eine Möglichkeit, zu bestimmen, womit wir leben können und warum)	☐	☐	☒	☐	☐

Anmerkungen:

Bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen ist eine zeitnahe Anpassung der gemeinsamen Ausgangsklimazielpfade erforderlich. Darüber hinaus sollten Mechanismen geschaffen werden, die es den Akteuren ermöglichen, bei veränderten Erkenntnislagen nachvollziehbar vom definierten Zielpfad abzuweichen.

Bewertungen der Klimarisiken

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Ausarbeitung von Klimarisikobewertungen, die auch die am stärksten betroffenen Politikbereiche abdecken würden, auf europäischer Ebene	☐	☒	☐	☐	☐
Ausarbeitung von Klimarisikobewertungen, die auch die am stärksten betroffenen Politikbereiche abdecken würden, auf nationaler Ebene	☐	☒	☐	☐	☐
Gemeinsame Parameter für den Umfang und Inhalt sowohl von EU- als auch von	☐	☒	☐	☐	☐

nationalen Klimarisikobewertungen (z. B. Klimaszenarien, Regelmäßigkeit, Sektorabdeckung)					
---	--	--	--	--	--

Anmerkungen:

Die Ausarbeitung von Klimarisikobewertungen sollte grundsätzlich auf nationaler Ebene erfolgen. Dadurch können die föderalen Strukturen und die örtlichen Gegebenheiten, insbesondere auf lokaler und kommunaler Ebene, bestmöglich berücksichtigt werden und eine spätere Umsetzung in der Praxis erleichtern. Im Falle von grenzüberschreitenden Belangen/Gegebenheiten (beispielsweise bei Flüssen, die durch mehrere Länder verlaufen) ist allerdings ein europaweiter Ansatz notwendig, um eine konsistente Klimarisikobewertung zu erreichen.

Anpassungsplanung und Bestimmung der Risikoträger

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Festlegung der Klimaresilienz- und Anpassungsziele (ggf. einschließlich sektoraler/thematischer Ziele) für die EU-Organe und die Mitgliedstaaten	☒	☐	☐	☐	☐
Strenge Verpflichtung der EU/Kommission zur Ausarbeitung und Umsetzung einer EU-Anpassungsstrategie und eines EU-Anpassungsplans	☐	☐	☐	☒	☐
Die Klimaresilienz- und Anpassungspläne sollten auch die am stärksten betroffenen Politikbereiche auf EU-Ebene abdecken.	☐	☐	☒	☐	☐
Strenge Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Entwicklung nationaler Anpassungsstrategien und -pläne	☐	☐	☐	☒	☐

Anpassungsplanung und Bestimmung der Risikoträger (Fortsetzung)

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Die Klimaresilienz- und Anpassungspläne sollten auch die am stärksten betroffenen Politikbereiche auf nationaler Ebene abdecken.	☐	☒	☐	☐	☐

Ermittlung von Risikoträgern, die für die Behebung der ermittelten Schwachstellen verantwortlich und mit dieser beauftragt sind	☐	☒	☐	☐	☐
---	-----------------------	----------------------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------

Anmerkungen:

Klimaresilienz- und Anpassungspläne müssen Raum für die sachgerechte Adressierung der lokalen Standortbedingungen lassen. Gleichzeitig sollten EU-Organe und Mitgliedstaaten mit in die Pflicht genommen werden und ihren Beitrag leisten.

Ergänzung der Maßnahmen auf EU-Ebene durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Die Mitgliedstaaten nehmen nationale Rechtsrahmen für Klimaresilienz und Anpassung an den Klimawandel an (u. a. im Hinblick auf administrative Aufbau- und Koordinierungsmechanismen, regelmäßige Bewertungen von Klimarisiken und -anfälligkeiten, die Anpassungsplanung, Frühwarnmechanismen, die Governance auf regionaler und lokaler Ebene, die Abstimmung mit subnationalen Strategien und Plänen, die Einbeziehung von Interessenträgern und schutzbedürftigen Gruppen und Überwachungs- und Evaluierungsrahmen).	☐	☒	☐	☐	☐
Die Mitgliedstaaten führen auf geeigneter Ebene Evaluierungen durch, um die vom Klimawandel besonders gefährdeten Regionen und Bevölkerungsgruppen zu ermitteln, und entwickeln Pläne für gezielte Anpassungsmaßnahmen zur Unterstützung dieser Regionen und Gruppen.	☒	☐	☐	☐	☐
Die Mitgliedstaaten beziehen die relevanten Interessenträger, einschließlich besonders schutzbedürftiger Gruppen, in die Planung der Anpassungspolitik ein.	☒	☐	☐	☐	☐

Anmerkungen:

Klimaanpassung ist vor allem ein regionales/lokales Thema. Die EU sollte vor allem Spielräume (z.B. Förderungen) ermöglichen sowie Grundlagen (z.B. Daten) zur Verfügung stellen und nur dann Regelungen treffen, wenn ein gemeinsamer Rahmen sinnvoll ist.

Eine gezielte Unterstützung vulnerabler Regionen und Gruppen ist wichtig, um die Offenheit für Änderungen und die Anpassungsfähigkeit zu fördern und sozialen Frieden in Veränderungsprozessen zu erhöhen.

Überwachung, Berichterstattung, Evaluierung und Lernverfahren

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Entwicklung einer begrenzten Anzahl von Leistungsindikatoren sowohl für die EU als auch für die Mitgliedstaaten zur Messung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Stärkung der Klimaresilienz	☐	☒	☐	☐	☐
Im Einklang mit der Vereinfachungsagenda: Verbesserung und Straffung der Überwachungs-, Berichterstattungs-, Evaluierungs- und Lernverfahren auf EU- und nationaler Ebene durch gezieltere Berichterstattung über Klimaauswirkungen	☒	☐	☐	☐	☐
Aufnahme entsprechender Fortschrittsindikatoren für die Resilienz in bestehende sektorspezifische Rechtsvorschriften, um Doppelarbeit und neue Berichtspflichten zu vermeiden	☒	☐	☐	☐	☐

Anmerkungen:

Einheitliche Indikatoren sind zwecks Vergleichbarkeit sinnvoll. Die Berichterstattung an die EU sollte sich auf ein sinnvolles Minimum beschränken. Die Überwachung sollte primär Aufgabe der Mitgliedstaaten sein. Das Subsidiaritätsprinzip ist strikt zu beachten.

Bitte nennen Sie andere Maßnahmen mit transformativer Wirkung, die die Kommission in ihren Legislativvorschlag zur Klimaresilienz aufnehmen sollte:

Tools zur Unterstützung der Entscheidungsfindung im Hinblick auf die Klimaresilienz

Der Zugang zu klaren, zuverlässigen und praktischen Informationen darüber, wie sich der Klimawandel auf uns auswirkt und was wir dagegen tun können, ist von entscheidender Bedeutung, um die Risiken besser zu bewältigen und wirksame Lösungen zu entwickeln. Frei zugängliche webbasierte Tools können dazu beitragen, diesem Bedarf gerecht zu werden, **indem sie einem breiten Publikum maßgeschneiderte, visuell ansprechende und interaktive Informationen bieten**. Die meisten vorhandenen Tools sind jedoch für Sachverständige konzipiert und eher auf wissenschaftliche als auf praktische Bedürfnisse ausgelegt. Darüber hinaus greifen Tools, die auf unterschiedliche geografische Gebiete, Klimagefahren oder Sektoren ausgerichtet sind, häufig auf unterschiedliche Methoden und Bezugspunkte zurück, um künftige Veränderungen zu quantifizieren, was Vergleiche erschwert. Oft fehlen grenzüberschreitende Informationen. Die Kommission möchte Rückmeldungen dazu erhalten, wie sie Europas umfangreiche Klimadaten und digitale Fähigkeiten am besten nutzen kann, um **den Zugang zu klaren, zuverlässigen, praktischen und kohärenten Informationen über Klimarisiken und Anpassungslösungen in allen Regionen und Sektoren zu verbessern**.

Wo suchen Sie nach Informationen darüber, wie sich der Klimawandel auf Sie oder Ihre Tätigkeiten auswirken könnte?

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Ressourcen von Branchenverbänden, einschließlich Beratungs- und Unterstützungsnetzwerken	☐	☒	☐	☐	☐
Ressourcen der regionalen und/oder lokalen Gebietskörperschaften	☐	☒	☐	☐	☐
Ressourcen der nationalen Regierungen, einschließlich nationaler Wetterdienste	☐	☒	☐	☐	☐
Europäische Plattformen für Klimaanpassung und/oder Klimadienstleistungen	☐	☒	☐	☐	☐
Europäische wissenschaftliche Programme und Netzwerke	☐	☐	☒	☐	☐

Wo suchen Sie nach Informationen darüber, wie sich der Klimawandel auf Sie oder Ihre Tätigkeiten auswirken könnte? (Fortsetzung)

--	--	--	--	--	--

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Kontaktaufnahme zu Beratungsdiensten, damit diese die entsprechenden Informationen für mich finden und analysieren	☐	☐	☒	☐	☐
In den traditionellen Medien, den sozialen Medien und im Internet	☐	☒	☐	☐	☐
Unter Verwendung künstlicher Intelligenz	☐	☐	☒	☐	☐
Ich habe noch nie nach solchen Informationen gesucht.	☐	☐	☐	☐	☒

Welche Informationen würden Ihnen dabei helfen, herauszufinden, ob und wie Sie Maßnahmen ergreifen können, um sich besser auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten?

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Wirtschaftliche Verluste oder Schäden, die in der letzten Zeit durch Klimaereignisse in meiner Nähe oder bei Aktivitäten im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit verursacht wurden	☒	☐	☐	☐	☐
Schweregrad des derzeitigen extremen oder für die Jahreszeit unüblichen Wetters in dem Gebiet, in dem ich lebe oder arbeite (z. B. voraussichtliche Anzahl von Tagen mit Temperaturen über 35 °C)	☐	☒	☐	☐	☐
Schätzungen des Schweregrads künftiger extremer oder für die Jahreszeit unüblicher Wetterereignisse in dem Gebiet, in dem ich lebe oder arbeite	☐	☒	☐	☐	☐
Auswirkungen aktueller extremer oder für die Jahreszeit unüblicher Wetterereignisse auf meine Gemeinschaft und mich in Bezug auf Gesundheit (z. B. Übersterblichkeit aufgrund gefährlicher Hitzewellen) und wirtschaftliche Tätigkeiten (z. B.	☒	☐	☐	☐	☐

Ernteverluste aufgrund von Hitze, Schäden an der Energieinfrastruktur aufgrund von Überschwemmungen usw.)					
---	--	--	--	--	--

Welche Informationen würden Ihnen dabei helfen, herauszufinden, ob und wie Sie Maßnahmen ergreifen können, um sich besser auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten? (Fortsetzung)

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Schätzungen der Auswirkungen künftiger extremer oder für die Jahreszeit unüblicher Wetterereignisse auf meine Gemeinschaft und mich in Bezug auf Gesundheit und Wohlbefinden sowie wirtschaftliche Tätigkeiten	☐	☒	☐	☐	☐
Informationen über die Versicherbarkeit exponierter Vermögenswerte	☐	☐	☒	☐	☐
Vorteile spezifischer Anpassungslösungen bei der Verringerung der Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden sowie spezifische wirtschaftliche Tätigkeiten	☒	☐	☐	☐	☐

Falls es andere Informationen gibt, die Ihnen helfen würden, machen Sie bitte nähere Angaben:

Betrachtung systemischer Risiken/Kipppunkte, Betrachtung/Bewertung von bekannten Anpassungslösungen hinsichtlich Wirksamkeit und Erfolgsbedingungen

Die Kommission erwägt die Entwicklung eines benutzerfreundlichen webbasierten Tools für Nichtfachleute, das zuverlässige und harmonisierte quantitative Informationen über den Klimawandel in ganz Europa bereitstellt. Dieses Tool könnte die gemeinsamen Klimaszenarien in Form der nationalen, regionalen und lokalen Klima- und Wetterbedingungen darstellen, die gemäß den einzelnen Szenarien zu erwarten sind, und dazu beitragen, mögliche Lösungen für die Bewältigung der ermittelten Risiken zu finden. Die Kommission hält dieses Tool für wesentlich, um Informationen für die Ausarbeitung der EU-Politik bereitzustellen,

grenzüberschreitende Risiken anzugehen und Menschen und Unternehmen zu unterstützen, denen keine Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Würden Sie von einem solchen Instrument profitieren?

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Antwort	☐	☒	☐	☐	☐

Welche Funktionen würden Ihnen die Benutzung dieses Tools erleichtern?

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Einfache Sprache, die keine Fachkenntnisse erfordert	☐	☒	☐	☐	☐
Tutorials und Onboarding-Informationen	☐	☒	☐	☐	☐
Visuelle Darstellung von Informationen, z. B. auf einer Karte	☐	☒	☐	☐	☐
Möglichkeit, Daten oder zusammenfassende Berichte herunterzuladen	☐	☒	☐	☐	☐
Klarer Zusammenhang zwischen Klimarisiken und Anpassungslösungen	☐	☒	☐	☐	☐

Welche Funktionen würden Ihnen die Benutzung dieses Tools erleichtern?

(Fortsetzung)

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Unterstützung bei der Navigation durch einen KI-gestützten Chat	☐	☒	☐	☐	☐
Links zu anderen vertrauenswürdigen Quellen für spezifischere Fachinformationen	☐	☒	☐	☐	☐
Zugang zu einem Helpdesk	☐	☒	☐	☐	☐

Welche weiteren Funktionen würden Sie für hilfreich halten?

Layer-basierte Konzipierung des Tools (von nationaler Ebene bis lokal)

Schutz der Menschen und Unterstützung regionaler und lokaler Maßnahmen

Der Klimawandel wirkt sich nachteilig auf die Gesundheit, das Leben und die Lebensgrundlagen der Menschen aus und trifft die Schwächsten unverhältnismäßig stark. Der neue Rahmen sollte Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten anregen, mit denen Einzelpersonen und lokale Gemeinschaften dabei unterstützt werden, besser gegen Klimarisiken gerüstet zu sein. Da die Klimarisiken in Europa unterschiedlich ausgeprägt sind, sollten die Maßnahmen des Rahmens **ortsbezogen sein und gemeinsam mit den lokalen und regionalen Behörden und Gemeinschaften konzipiert** werden. Die [EU-Mission zur Anpassung an den Klimawandel](#), die 2021 als Pilotinitiative zur Unterstützung regionaler und lokaler Behörden, die mit gutem Beispiel vorangehen, ins Leben gerufen wurde, bietet direkte Unterstützung und ermöglicht es europäischen Regionen und lokalen Gebietskörperschaften, ortsbezogene Maßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz auszuarbeiten und umzusetzen. Der neue Rahmen bietet die Gelegenheit, diese Unterstützung auf alle Regionen und Gemeinschaften in ganz Europa auszuweiten.

Welche politischen Maßnahmen sollten die EU und die Mitgliedstaaten ergreifen, um sicherzustellen, dass die am stärksten gefährdeten Gruppen und geografischen Gebiete angemessen unterstützt und vor den unverhältnismäßigen Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden?

EU:

Europäische Fördermittel (z.B. für grenzüberschreitende naturbasierte Lösungen), Anpassung des europäischen Steuerrechts und ggf. der KUEBLL

Mitgliedstaaten:

Welche Maßnahmen sollten die EU und die Mitgliedstaaten zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor den Auswirkungen des Klimawandels ergreifen?

EU:

Stärkung und Priorisierung von Investitionen in naturbasierte Lösungen, deren multidimensionale Wirkungsweise sowohl Klimaresilienz als auch Biodiversität und menschliche Gesundheit gleichermaßen verbessert.

Mitgliedstaaten:

Stärkung und Priorisierung von Investitionen in naturbasierte Lösungen, deren multidimensionale Wirkungsweise sowohl Klimaresilienz als auch Biodiversität und menschliche Gesundheit gleichermaßen verbessert.

Sensibilisierungsprogramme um das Wissen in der Bevölkerung zum Umgang mit Auswirkungen durch den Klimawandel und Auswirkungen auf die Gesundheit zu erhöhen.

Bürokratieabbau und rechtlichen Rahmenbereich für die Sektorenkopplung vorantreiben.

Welche Maßnahmen sollten die EU und die Mitgliedstaaten ergreifen, um regionale und lokale Interessenträger stärker zu unterstützen?

EU:

Grundvoraussetzung für erfolgreiche Klimaanpassungsmaßnahmen ist die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für lokale Maßnahmen durch die EU und die Mitgliedstaaten. Bestehenden Maßnahmen muss zudem Raum gegeben werden, ihre volle Wirkung zu entfalten, bevor Rahmenbedingungen überarbeitet und geändert werden, wodurch für (kommunale) Unternehmen rechtliche Unsicherheit entsteht.

Außerdem sollten Best Practice-Beispiele aber auch Ergebnisse, weshalb Lösungsansätze unter welchen Bedingungen nicht erfolgreich waren, veröffentlicht werden.

Mitgliedstaaten:

Grundvoraussetzung für erfolgreiche Klimaanpassungsmaßnahmen ist die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für lokale Maßnahmen durch die EU sowie auf nationaler und regionaler Ebene. Darüber hinaus sollten Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht, standardisierte Daten und Frühwarnsysteme bereitgestellt sowie rechtliche Absicherung und Flexibilität geschaffen werden.

Erforderlich/wünschenswert ist zudem eine Anpassung nationaler/regionaler Vorschriften, um Kommunen mehr Spielraum für klimaangepasste Betriebsabläufe zu geben (z.B. flexible Arbeitszeiten bei Hitze, Sondergenehmigungen für Notfalleinsätze), die Einrichtung von Notfall-Reserven und geteilten Ressourcen, die Integration von Klimarisiken in kommunale Finanz- und Haushaltsplanung sowie die Förderung innovativer Technologien und Pilotprojekte (Unterstützung für lokale Pilotprojekte zu klimaresilienten Abfallsammelsystemen, digitaler Routenplanung, Recyclingtechnologien oder smarter Infrastruktur) mit der Wirkung, dass Kommunen neue Lösungen testen können, Risiken minimiert und best practices skaliert werden können.

Welche gezielten Initiativen sollten die EU und die Mitgliedstaaten durchführen, um die Gebiete in äußerster Randlage der EU angesichts ihrer besonderen Exposition gegenüber extremen Wetterereignissen und ihrer einzigartigen geografischen und sozioökonomischen Gegebenheiten bei der Anpassung an den Klimawandel gezielt zu unterstützen?

EU:

Mitgliedstaaten:

Welche Hindernisse sollten besonders dringend beseitigt werden, um Maßnahmen auf regionaler und lokaler Ebene zu ermöglichen?

- ☒ Mangel an hinreichend spezifischen Daten und Informationen über aktuelle und künftige Risiken für die Gestaltung wissenschaftlich fundierter politischer Maßnahmen
- ☐ Begrenzter Zugang zu spezieller fachlicher Unterstützung (Fachsprache, zu technisch usw.) bei der Entwicklung wirkungsvoller Maßnahmen auf nationaler oder EU-Ebene
- ☒ Unzureichende Förderung oder Finanzierung regionaler und lokaler Maßnahmen sowie fehlender Zugang zu speziellen nationalen und EU-Mitteln
- ☒ Unzureichende institutionelle Kapazitäten zur Inanspruchnahme von Finanzmitteln und zur Entwicklung einer Projektpipeline
- ☒ Begrenzte Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften in die Gestaltung und Umsetzung von Maßnahmen
- ☒ Bestehende Rechtsvorschriften, die die Bemühungen zur Bewältigung der Klimaauswirkungen erschweren
- ☐ Fehlen kohärenter Überwachungs- und Berichterstattungssysteme, die Anreize für das Tätigwerden bieten
- ☐ Sonstige

Wie könnte das Pilotprojekt der EU-Mission genutzt oder reproduziert werden, um Maßnahmen aller europäischen regionalen und lokalen Interessenträger zu unterstützen?

- ☐ Ermutigung der Mitgliedstaaten, nationale Initiativen nach dem Vorbild der Mission mit gezielten finanziellen Mitteln für deren Umsetzung zu entwickeln
- ☐ Festlegung der Aufgaben und Zuständigkeiten der nationalen Missionen innerhalb des Rahmens
- ☐ Beauftragung der Mitgliedstaaten, nationale Plattformen oder Koordinierungsgruppen einzurichten, im Rahmen derer lokale und regionale Interessenträger eine rechtlich anerkannte Aufgabe und Zuständigkeit haben

- ☒ Ermutigung der Mitgliedstaaten, Finanzmittel zur Unterstützung regionaler und lokaler Maßnahmen bereitzustellen
- ☐ Verknüpfung von EU-Finanzierungsmöglichkeiten mit den einschlägigen Interessenträgern, um die im Rahmen der Mission entwickelten regionalen und lokalen Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel auszuweiten.
- ☐ Sonstige

Wettbewerbsfähigkeit - Nutzung von Innovationsmöglichkeiten

Klimaresilienz und -vorsorge gehen über die Minderung und Bewältigung von Risiken hinaus. Sie bieten **eine Vielzahl neuer kommerzieller Chancen und Potenziale für Innovationen und die Schaffung neuer Projektpipelines und Märkte**. Die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen im Bereich der Klimaresilienz wie Wassertechnologien, regenerativen landwirtschaftlichen Lösungen, hitze- und dürreresistenten Kulturen, Klimarisikoversicherungen, Klimadienstleistungen und der Nutzung von Weltraumdaten, Risikomodellierungsinstrumenten, der Entwicklung intelligenter Systeme zur Vorhersage und Verhinderung von Unterbrechungen der Lieferkette, klimaresilienten Baumaterialien und -konzepten, Technologien für klimaresiliente Energie- und Verkehrsinfrastrukturen oder Lösungen und Innovationen für die Anpassung der Gesundheitssysteme nimmt rasch zu. Der Einsatz solcher Technologien **kann die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen und wichtigen Wirtschaftssektoren verbessern**, indem die Anpassungsfähigkeit gestärkt und neue Exportmärkte geöffnet werden. Mit dem neuen Rahmen sollen größere Unternehmen, KMU und Start-ups in der EU dabei unterstützt werden, **diese Chancen zu nutzen und Europas weltweite Vorreiterrolle bei Innovationen im Bereich der Klimaresilienz zu stärken**.

Welche sind die Technologien oder Innovationen zur Klimaresilienz, die Sie in Ihrem Sektor, Ihrer Branche oder Ihrem Bereich entwickeln oder ausbauen müssen, um Ihren Sektor oder Ihre Branche wettbewerbsfähiger zu machen?

- Frühwarn- und Informationssysteme für Extremwetterlagen mit entsprechenden Schadenpotenzialen für die Infrastrukturen der Ver- und Entsorgung (Detektion von potenziellen Ausfallgebieten z. B. in der Energieversorgung und bei TK-Diensten).
- Weiterentwicklung intelligenter Planung- und Steuerungssysteme (z. B. für Abwassersysteme).
- Weiterentwicklung klimaresistenter Infrastrukturen (z. B. klimaresiliente Betriebshöfe und Recyclinganlagen).
- Integration lokaler Klimadaten in digitale Plattformen für Mitarbeitende und Management für eine klimaangepasste Personalplanung und schnellere Krisenreaktion.
- Erstellung digitaler Zwillinge zur Simulation von Szenarien

Welche Maßnahmen könnten die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation von Produkten und Dienstleistungen im Bereich der Klimaresilienz in Ihrem Sektor oder Ihrer Branche am stärksten verbessern?

--	--	--	--

	Sehr relevant	Relevant	Weder noch	Nicht sehr relevant	Überhaupt nicht relevant
Erhöhung der öffentlichen Mittel und der Investitionen	☒	☐	☐	☐	☐
Erhöhung der privaten Finanzierung und des Risikokapitals	☐	☒	☐	☐	☐
Verbesserung des Zugangs zu Fachwissen /Fachkräften	☐	☒	☐	☐	☐
Verbesserung der Marktsicherheit und der regulatorischen Unterstützung	☐	☒	☐	☐	☐

Welche Maßnahmen könnten die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation von Produkten und Dienstleistungen im Bereich der Klimaresilienz in Ihrem Sektor oder Ihrer Branche am stärksten verbessern? (Fortsetzung)

	Sehr relevant	Relevant	Weder noch	Nicht sehr relevant	Überhaupt nicht relevant
Zugang zu Technologien / Modernisierung der Ausrüstung	☐	☒	☐	☐	☐
Schärfung des Bewusstseins und höhere Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher	☐	☐	☒	☐	☐
Innovative Instrumente für das Klimarisikomanagement und Klimarisikoversicherungen (z. B. parametrische Deckung)	☐	☒	☐	☐	☐

Falls Sie andere Maßnahmen als sinnvoll erachten, machen Sie bitte nähere Angaben:

Finanzen und Versicherung

Der Klimawandel verursacht Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unternehmen und Volkswirtschaften bereits erhebliche messbare Kosten. Extreme Wetterereignisse und chronische Risiken - wie der Anstieg des

Meeresspiegels oder Bodensenkungen - schädigen Vermögenswerte, beeinträchtigen Lieferketten und mindern die Produktivität, wodurch sie zu einem allgemeinen finanziellen Problem werden. Daher ist es **von entscheidender Bedeutung, die Klimaresilienz bei Investitions- und Finanzierungsentscheidungen zu berücksichtigen**, um klimabedingte wirtschaftliche Verluste zu verringern, Störungen der Betriebskontinuität zu minimieren und die Einnahmen aufrechtzuerhalten. Um den Risiken in vollem Umfang zu begegnen, müsste der Aufbau der Klimaresilienz durch Versicherungen ergänzt werden. Derzeit sind nur 25 % der Verluste versichert, und die Versicherungsprämien steigen weiter. Der Umfang und der systemische Charakter klimabezogener wirtschaftlicher Auswirkungen machen es den Regierungen unmöglich, deren Kosten zu tragen, und erfordern ein Engagement, einschließlich finanzieller Beiträge, aller Regierungs- und Verwaltungsebenen, jeglicher Wirtschaftssektoren und der Öffentlichkeit. Mit dem neuen Rahmen werden politische Maßnahmen zur **Aufstockung der Finanzmittel für die Klimaresilienz** vorgeschlagen, die für die Finanzierung der erweiterten Projektpipeline erforderlich sind. Er wird auch Maßnahmen umfassen, die darauf abzielen, den **Zugang zu erschwinglichem Versicherungsschutz zu verbessern und die wachsende Lücke im Versicherungsschutz zu verringern**.

Rolle des öffentlichen Sektors bei der Finanzierung der Klimaresilienz

	Ja	Nein
Ist es notwendig, bei der Finanzplanung und bei Finanzentscheidungen auf allen Ebenen des öffentlichen Sektors sowie im privaten Sektor Erwägungen zur Klimaresilienz zu berücksichtigen?	☒	☐
Würde die Einbeziehung von Erwägungen zur Klimaresilienz bei Investitionen, einschließlich im Rahmen öffentlicher Ausgaben und Aufträge, die wirtschaftlichen Verluste durch Klimaereignisse begrenzen?	☒	☐

Private Investitionen und Klimaresilienz

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Die nationalen Anpassungspläne sollten so konzipiert werden, dass sie als Resilienz- und Anpassungsinvestitionspläne dienen und das volle Potenzial der Finanzierung durch den Privatsektor erschließen.	☐	☐	☐	☒	☐
Der Privatsektor benötigt mehr Orientierungshilfen für die Einbeziehung der Klimaresilienz in Investitions- und Geschäftsentscheidungen.	☐	☐	☒	☐	☐
Wirksame öffentlich-private Risikoteilungsmechanismen für					

Investitionen in die Anpassung an den Klimawandel (z. B. öffentlich-private Partnerschaften, Mischfinanzierungen und Katastrophenanleihen) würden die in die Klimaresilienz und die Anpassung an den Klimawandel investierten Mittel erhöhen.



Was sind die wichtigsten Hindernisse für die Aufstockung von Investitionen zur Stärkung der Klimaresilienz und der Anpassung an den Klimawandel?

- Finanzielle Engpässe und kurzfristige Haushaltslogik
kommunale Budgets sind oft begrenzt, und Klimaanpassungsmaßnahmen konkurrieren mit Pflichtaufgaben wie Abfallentsorgung, Personal oder Straßenunterhaltung. Viele Maßnahmen erfordern hohe Anfangsinvestitionen (z.B. wetterfeste Fahrzeuge, Hochwasserschutzanlagen), deren langfristiger Nutzen schwer quantifizierbar ist.
- Unsicherheit über Klimarisiken und Nutzen Fehlende verlässliche Daten zu Extremwetterereignissen oder Risikoabschätzungen erschweren Investitionsentscheidungen. Der Nutzen von Resilienzmaßnahmen ist oft langfristig und indirekt (z.B. weniger Betriebsunterbrechungen), was die Rechtfertigung für kurzfristige Ausgaben erschwert.
- Komplexe Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse
langwierige Genehmigungs- und Abstimmungsverfahren auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene verzögern Investitionen. Strenge Vergabevorschriften oder starre Förderbedingungen erschweren die schnelle Umsetzung innovativer oder unkonventioneller Lösungen.
- Fragmentierte Förderprogramme Fördermittel sind oft kleinteilig, zeitlich befristet oder schwer kombinierbar, was die strategische Planung großer, langfristiger Projekte erschwert. Unterschiedliche Anforderungen auf EU-, Bundes- und Landesebene erhöhen den administrativen Aufwand und hemmen Investitionen.
- Investitionen in die Klimaanpassung konkurrieren in der Wasserwirtschaft mit dem Infrastrukturerhalt, müssen zugleich schneller umgesetzt werden und sind nicht überall über Entgelte refinanzierbar, weshalb gezielte Förderprogramme wichtige Anreize zur Priorisierung liefern.
- Kurzfristige politische Zeithorizonte und häufige Richtungswechsel stehen den langen Planungs-/Lebenszyklen sowie den teilweise erst mittel- bis langfristig wirksam werdenden Klimaanpassungsmaßnahmen entgegen und können ein Hemmnis für Investitionen darstellen

Welche politischen Maßnahmen würden die Bewältigung dieser Hindernisse erleichtern und die Finanzierung der Klimaresilienz fördern?

Eine gesicherte Finanzbasis, beispielsweise durch Fördermöglichkeiten im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens sowie die Festlegung von Budgets für vorbeugende Maßnahmen zur kommunalen Krisenvorsorge.

Werden im bestehenden EU-Regelwerk zur Rechnungslegung die klimabedingten physischen Risiken bei der Bewertung von Vermögenswerten angemessen berücksichtigt? Falls nein: Welche politischen Maßnahmen schlagen Sie vor?

Wird in den anderen bestehenden politischen oder regulatorischen Rahmen den klimabedingten physischen Klimarisiken angemessen Rechnung getragen? Falls nein: Welche politischen Maßnahmen schlagen Sie vor?

Klimarisikoversicherung

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Neutral	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Umfassende standortspezifische Informationen über Klimagefahren könnten dazu beitragen, dass mehr Versicherungen abgeschlossen werden.	☐	☐	☐	☐	☐
Versicherungsprodukte für Klimarisiken müssen genauere Informationen dazu beinhalten, welche Gefahren sie abdecken.	☐	☐	☐	☐	☐

Welche politischen/regulatorischen Maßnahmen - auf der Grundlage marktbasierter Mechanismen - schlagen Sie vor, um die zunehmende Versicherungslücke zu schließen und den Zugang zu erschwinglichen Versicherungen zu verbessern?

- Welche Art von Risikobündelungs- und Risikoübertragungsmechanismen wären am besten geeignet, um den Versicherungsschutz gegen sekundäre Risiken in der Europäischen Union zu erhöhen?

- Wie können Versicherer in der Union Zugang zu neuem Kapital erhalten, um klimabezogene Maßnahmen zu unterstützen?

- Wie kann das Interesse privater Investoren an versicherungsgebundenen Investitionsinstrumenten mobilisiert werden?

- Besteht Bedarf an einem europäischen Markt, auf dem Versicherungsunternehmen und Investoren, bei denen es sich nicht um Versicherungsunternehmen handelt, klimabezogene Risiken bündeln können?

Weitere Anmerkungen:

Welche politischen Maßnahmen wären erforderlich, um zu verhindern, dass Versicherungsschutzlücken im Klimabereich negative Auswirkungen auf die finanzielle oder makroökonomische Stabilität haben?

- ☐ Förderung innovativer Ansätze für die Diversifizierung und/oder Übertragung von Klimarisiken, um die Risikokonzentration in bestimmten Sektoren oder Regionen zu mindern.
- ☐ Förderung marktbasierter Lösungen, die diejenigen, die sich die Finanzierung von Risiken leisten können, mit denjenigen in Kontakt bringen, die eine Absicherung gegen Klimarisiken in Anspruch nehmen wollen - dies trägt dazu bei, die Betriebskontinuität aufrechtzuerhalten und Störungen infolge von Naturkatastrophen zu vermeiden.
- ☐ Sonstige

Contact

Annika-Gilstrom.FORGAARD@ec.europa.eu